

Stadtvertretung Neustrelitz

Sitzung der Stadtvertretung am 1.2.24

Fraktion GRÜNE/FDP/PuLS

Änderungsantrag zur VO(S)/2024/904-01

Antrag:

Die Stadtvertretung beschließt:

In der Satzung über die Erhebung einer Kurabgabe in der Residenzstadt Neustrelitz wird der §5 Absatz 1 wie folgt gefasst:

- (1) Von der Zahlung der Kurabgabe sind befreit:
- a) Kinder und Jugendliche bis einschließlich 5 Jahren,
 - b) Schwerbehinderte mit einem Grad an Behinderung von 100 und deren Begleitperson, sofern dies im Schwerbehindertenausweis mit einem „B“ für ständige Begleitung gekennzeichnet ist,
 - c) Patienten, die zu Genesungszwecken in einer Einrichtung des Gesundheitswesens stationär untergebracht sind,
 - d) Ortsfremde, die in Wohneinheiten von in der Residenzstadt Neustrelitz mit Erstwohnsitz gemeldeten Einwohnern kostenlos übernachten oder bei ihnen zu Gast sind,
 - e) Ortsfremde, die ausschließlich an organisierten Sportveranstaltungen teilnehmen oder einer gemeinnützigen ehrenamtlichen Tätigkeit nachgehen.

Begründung: Erfolgt mündlich.

Gez. Jagszent

Stellv. Fraktionsvorsitzender

32. Sitzung der Stadtvertretung Neustrelitz am 01.02.2024

TOP 5 - Wichtige Informationen des Bürgermeisters

a) vom Hauptausschuss am 29.01.2024 gefasste Beschlüsse

VO(H)/2023/900

Veräußerung einer Teilfläche aus den Flurstücken 66/10 und 73/32 der Flur 37 in der Gemarkung Neustrelitz

VO(H)/2023/902

Veräußerung einer Teilfläche aus dem Flurstück 38/1 der Flur 25 in der Gemarkung Neustrelitz

VO(H)/2023/903

Veräußerung je einer Teilfläche aus den Flurstücken 258 und 257/2 der Flur 24 in der Gemarkung Neustrelitz

VO(H)/2024/905

Unbefristete Niederschlagung von Gewerbesteuern

VO(H)/2024/910

Auftragsvergabe nach VOB/A für die Maßnahme "Sanierung Stadthaus , Los 6 Malerarbeiten"

VO(H)/2024/911

Auftragsvergabe nach VOB/A für die Maßnahme "Entwässerung Strelitzhalle"

VO(H)/2024/908

Eilentscheidung des Bürgermeisters zum Stundungsantrag von Gewerbesteuern (H)

b) vom Hauptausschuss nicht gefasste bzw. nicht empfohlene Beschlüsse / Anträge

VO(S)/2024/904

Satzung über die Erhebung einer Kurabgabe und die Einführung des AVS-Meldescheinsystems in der Residenzstadt Neustrelitz

c) Beschlüsse, die innerhalb der Beratungsfolge noch geändert wurden

VO(S)/2024/904 (jetzt VO(S)/2024/904-01)

Satzung über die Erhebung einer Kurabgabe und die Einführung des AVS-Meldescheinsystems in der Residenzstadt Neustrelitz

→ Änderung der Anlage nach Hinweisen im Hauptausschuss

d) Beschlüsse, die der Stadtvertretung zur Annahme empfohlen wurden

VO(S)/2024/907

Haushaltsplan 2024/2025 der Erwin-Hemke-Stiftung

VO(S)/2024/909

Aufhebung des Beschlusses VOS(S)2023/901 und die Annahme einer Sachspende

e) zurückgezogene Vorlagen / Anträge

keine

f) Beschlüsse, die von der Verwaltung nicht zur Annahme empfohlen werden

keine

g) Allgemeine Informationen des Bürgermeisters und der Verwaltung

- **Kulturveranstaltungen**

Der Regionalwettbewerb „Jugend musiziert“ mit fantastischen Beiträgen fand am 20. und 21.01.2024 in Neustrelitz statt. Ausgerichtet wurde dieser von der Kreismusikschule Kon.centus. Ihr gilt unser Dank und ein Lob, ebenfalls wie auch den weiteren Unterstützern sowie den vielen ehrenamtlichen Helfern. Bei etwa 90 Wertungsvorträgen konnten insgesamt 31 Delegierungen zum Landeswettbewerb und zahlreiche 1. und 2. Preise errungen werden.

Am vergangenen Samstag fand die 17. Lesenacht unter dem Titel „Mit Pauken und Trompeten“ in Neustrelitz statt. Gelesen wurde Literatur unterschiedlicher Art an 8 verschiedenen Orten in der Stadt. Unser Dank gilt dem Hans-Fallada-Klub sowie allen Lesenden und Veranstaltungsorten für die Organisation und Durchführung der Lesenacht, die mehr als 600 Leute begeisterte.

- **Krankenhausreform**

Seit mehr als einem Jahr streiten sich Bund, Länder, Regierung, Opposition und Krankenhäuser in Sachen Krankenhausreform. Denn die Krankenhauslandschaft muss umgebaut werden, um zukunftsfähig zu sein. Nun gibt es aber zumindest für Mecklenburg-Vorpommern ein positives Signal: Die Krankenhausgesellschaft M-V als Vertretung der Krankenhäuser im Land und die Verbände der gesetzlichen Krankenkassen haben sich auf einen Anstieg der den Kliniken in diesem Jahr zur Verfügung stehenden Versichertengelder geeinigt. Demnach erhalten die insgesamt 37 Krankenhäuser im Land nun rund 68 Millionen Euro mehr als 2023.

- **Breites Bündnis gegen Extremismus**

Das Präsidium und der Hauptausschuss des Deutschen Städtetages haben als Reaktion auf das Treffen von Funktionären der AfD mit denen der Identitären Bewegung die Trierer Erklärung am 18.01.2024 verabschiedet, deren sich die Residenzstadt Neustrelitz anschließt:

„Das jüngst bekannt gewordene Treffen von AfD-Funktionären mit Mitgliedern der Identitären Bewegung und die dort diskutierte Deportation von Millionen Menschen aus Deutschland hat uns alle schockiert. Wir nehmen es nicht hin, dass rechtsextreme Kräfte eine Atmosphäre der Verunsicherung, der Angst und des Hasses in unserem Land und in unseren Städten schüren.

In unseren Städten leben Menschen unterschiedlicher Herkunft zusammen – als Nachbarinnen und Nachbarn, als Kolleginnen und Kollegen, als Freundinnen und Freunde, als Familie. Das ist die Lebensrealität in unseren Stadtgesellschaften. Das macht unsere Städte aus. Unsere Städte gehören allen Menschen, die hier leben. Wir akzeptieren nicht, dass Bürgerinnen und Bürger, dass Familien, dass sogar Kinder in unseren Städten Angst davor haben müssen, von hier vertrieben zu werden.

Unterschiedliche Meinungen, unterschiedliche Bewertungen politischer Themen, auch unterschiedliche Positionen zur Migrations- und Asylpolitik sind Teil unserer Demokratie. Demokratie braucht Auseinandersetzung, Demokratinnen und Demokraten müssen auch Streit aushalten und Widerspruch akzeptieren. Was wir nicht akzeptieren, ist, wenn der Kern unserer Verfassung und die Basis unseres Zusammenlebens angegriffen wird: die Würde des Menschen.

Menschenwürde, Demokratie und Rechtsstaat müssen immer wieder neu verteidigt werden. Eine wehrhafte Demokratie lebt von einer aktiven und wachen Zivilgesellschaft vor Ort. Das haben Zehntausende Menschen in den vergangenen Tagen in unseren Städten deutlich gemacht. Die Menschen, die aktuell gemeinsam auf die Straßen gehen, um Farbe zu bekennen für Demokratie und Menschenwürde, senden ein klares Signal der Solidarität – und gegen die Spaltung unserer Stadtgesellschaften.“

Auch in Neustrelitz trafen sich jeweils am Sonntag, den 21.01.2024 und 28.01.2024, mehrere hundert Menschen auf dem Marktplatz, um sich an den Demonstrationen für Demokratie, Vielfalt und gegen Rechtsextremismus zu beteiligen.

Im Rahmen der Veranstaltung zum Gedenken an die Opfer des Faschismus am 27.01.2024 wurde ebenfalls gleichzeitig ein Zeichen zu den aktuellen Debatten gesetzt.

- **Regionaler Planungsverband MSE**

Am vergangenen Freitag traf sich der Vorstand des Regionalen Planungsverbandes MSE zu seiner ersten Sitzung in diesem Jahr. Neben Informationen zum Stand der Teilfortschreibung des RREP bzgl. Windenergie wurde ein Beschluss zu einem Projekt im GRW-Regionalbudget gefasst. Des Weiteren wurde der langjährige Geschäftsführer, Herr von Kaufmann, in den Ruhestand verabschiedet.

- **Neue Gesetzgebungen des Landes**

Das Landesklimaschutzgesetz befindet sich noch in der Erarbeitung und wird voraussichtlich Mitte des Jahres in Kraft treten. Es werden seitens des kommunalen Spitzenverbandes, der in das Verfahren mit eingebunden wurde, verbindliche Regelungen und ein vollständiger Kostenausgleich erwartet, dazu gehört auch die Finanzierung von ausreichend Personal. In diesem Gesetz sollen auch das Klimaanpassungsgesetz und das Wärmeplanungsgesetz des Bundes in Landesrecht umgesetzt werden.

In Diskussion ist nach wie vor ein Tourismusgesetz für unser Land. Wichtig ist hierbei, dass das System der kommunalen Abgaben im Grundsatz nicht angetastet wird und auch die Bettensteuer als Instrument erhalten bleibt. Ein solches Reform-Gesetz könnte aber genutzt werden, um die in der Rechtsprechung der Verwaltungsgerichte genutzten Auslegungsspielräume zu begrenzen bzw. zur Kurabgabe zu korrigieren, um somit auch das Kurortgesetz zu novellieren. Hier befinden wir uns mit dem Bäderverband und dem Tourismusverband in enger Abstimmung.

Das Tariftreue- und Vergabegesetz wurde im Landtag beschlossen und tritt zum 01.01.2024 in Kraft und ersetzt das vorhandene Vergabegesetz. Zukünftig sollen bei öffentlichen Aufträgen tarifvertragliche Löhne vereinbart und deren Zahlung durch die Auftraggeber überwacht werden.

Ebenfalls ein sehr umfangreicher Prozess ist das neue Gesetz zur Modernisierung der Kommunalverfassung, in den der Städte- und Gemeindetag M-V frühzeitig eingebunden wurde. Seitens der Mitgliedsgemeinden wurden sehr konkrete und konstruktive Vorschläge an das Innenministerium herangetragen, den vorgelegten Gesetzesentwurf zu verbessern. Erstmals war in diesen Prozess auch eine Arbeitsgemeinschaft aus Vorsitzenden der Stadtvertretungen in hauptamtlich verwalteten Gemeinden und ehrenamtlichen Bürgermeistern beteiligt.

Das Kommunale Hinweisgeberstellenmeldegesetz befindet sich derzeit im Gesetzgebungsverfahren. Demnach unterliegen u.a. alle Kommunalverwaltungen mit mindestens 10.000 Einwohnern oder mindestens 50 Beschäftigten der Pflicht zur Einrichtung einer internen Meldestelle. Hier wird seitens des Zweckverbandes eGO-MV eine Vergabe zur Einrichtung dieser internen Meldestellen durch externe Dienstleister erarbeitet. Ziel ist der Abschluss eines Rahmenvertrages, aus dem sich alle Verbandsmitglieder bedienen können.

- **Sanierung Strelitzhalle**

Die erste Ausschreibung für die Maßnahme „Entwässerung Strelitzhalle“ war erfolgreich, der Hauptausschuss hat der Auftragsvergabe zugestimmt. Entsprechend wird der Auftrag in den nächsten Tagen ausgelöst und die Arbeiten außerhalb der Halle können beginnen.

- **Bundesprogramm „Demokratie leben!“**

In der vergangenen Woche erhielten wir eine Mitteilung zu den aktualisierten Grundsätzen der Förderung im Handlungsbereich „Kommune“. Diese verpflichten uns, bis zum 31.05.2024 eine Demokratiekonferenz durchzuführen. Hier soll in Vorbereitung der neuen Förderperiode ab 2025 die weitere Ausrichtung der Partnerschaft für Demokratie mit allen Akteuren besprochen werden. Für die Antragsstellung 2025 ist es wichtig, die Erfahrungen der aktuellen Programmphase zu bündeln und die weitere Entwicklung gemeinsam in der Demokratiekonferenz abzustimmen und zu diskutieren.

- **Digitalisierungsprozess und Barrierefreiheit unserer Internetseiten**

Öffentliche Stellen sind gesetzlich zur barrierefreien Gestaltung von Websites und mobilen Anwendungen verpflichtet. In diesem Zusammenhang wurde unsere Website von der zuständigen Stelle im Ministerium für Soziales, Gesundheit und Sport M-V geprüft und uns anschließend der Prüfbericht übersandt. Gemeinsam mit unserem Dienstleister für unsere Website ist es uns bereits gelungen, einen Teil der festgestellten Mängel zu beseitigen. Die jetzt noch ausstehenden Arbeiten lassen sich nicht ohne weiteres durch den Dienstleister umsetzen sondern bedürfen der vorherigen umfangreichen inhaltlichen Aufarbeitung durch die Verwaltung selbst, wozu es personeller Ressourcen bedarf.

Auch unser Standesamt steht vor einem umfangreichen Digitalisierungsprozess. Das Personenstandsgesetz und die dazugehörige Verwaltungsvorschrift heben den besonderen Status der Sammelakten, in denen die Beurkundungsgrundlagen aufbewahrt werden und somit als Nachweis bei der Erst- und Folgebeurkundung gelten, hervor. Wegen der Gefahr des Verlusts von Originalschriftstücken wird auch hier die Führung der Sammelakten in elektronischer Form befürwortet. Dies stellt einen großen Aufwand mit hohen Anforderungen dar, der in dem laufenden Betrieb des Standesamtes für den Bereich Neustrelitz, Amt Neustrelitz-Land und Amt Mecklenburgische Kleinseenplatte personell ebenfalls nur schwer leistbar ist.

Andreas Grund
Bürgermeister